



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
Main Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2019

Neues Modell gegen Mangel an Organen. Passbüros könnten zu Meldestellen werden (Online-Titel: Ein Vorschlag aus Deutschland elektrisiert die Schweiz: Wie Passbüros zu Meldestellen für Organspenden werden könnten)

Gerny, Daniel ; Büchler, Andrea

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-176078>

Newspaper Article

Originally published at:

Gerny, Daniel; Büchler, Andrea. Neues Modell gegen Mangel an Organen. Passbüros könnten zu Meldestellen werden (Online-Titel: Ein Vorschlag aus Deutschland elektrisiert die Schweiz: Wie Passbüros zu Meldestellen für Organspenden werden könnten). In: NZZ, 29 April 2019, p.Front.

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 29. April 2019 · Nr. 98 · 240. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



Ein Mann betet am Sonntag in Colombo für die Opfer der Terroranschläge vom 21. April.

CARL COURT / GETTY

Sri Lanka fürchtet neue Anschläge

Die Terrorangriffe schweissen die Führung des Landes nicht zusammen

DSt. · Eine Woche nach den Terroranschlägen in Sri Lanka bleibt die Lage in dem Inselstaat angespannt. Nachdem Polizisten am Wochenende ein Versteck von Jihadisten gestürmt hatten, sprengten sich drei der gesuchten Personen in die Luft. Dabei soll es sich um Familienangehörige des mutmasslichen Drahtziehers der Anschläge gehandelt haben. Bei der Inspektion des Verstecks entdeckte die Polizei 15 Leichen. Kurz darauf übernahm der IS die Verantwortung für das Selbstmordattentat. Die Terrororganisation

hatte auch die Angriffe vom Ostersonntag, bei denen über 250 Menschen gestorben waren, für sich reklamiert.

Laut einem geleakten Dokument aus Sicherheitskreisen sind womöglich neue Anschläge auf christliche Kirchen und andere Einrichtungen zu erwarten. Der Erzbischof von Colombo, Malcolm Ranjith, sagte deshalb am Freitag alle öffentlichen Sonntagsmessen in Sri Lanka ab und leitete in seiner Privatkapelle einen geschützten Gottesdienst, an dem auch Staatspräsident Maithripala Sirisena und

Premierminister Ranil Wickremesinghe teilnahmen. Trotz dem gemeinsamen Auftritt der Spitzenpolitiker ist die Führung des Landes tief zerstritten. Der Machtkampf zwischen Sirisena und Wickremesinghe könnte sogar dazu geführt haben, dass konkrete Warnungen vor einem Anschlag unbeachtet blieben. Indien hatte Sri Lanka dezidiert vor islamistischen Anschlägen gewarnt. Entsprechende Hinweise waren jedoch nicht weitergeleitet worden.

International, Seite 3

Sozialist Sánchez in Spanien vorne

Die Fragmentierung der Parteienlandschaft erschwert die Regierungsbildung

utm. Madrid · Noch nie war der Ausgang von Parlamentswahlen in Spanien so ungewiss wie am gestrigen Sonntag. Kurz vor dem Ende der Auszählung lagen die Sozialisten des amtierenden Ministerpräsidenten Pedro Sánchez deutlich vorne und wurden mit knapp 29 Prozent der Stimmen zur meistgewählten Partei. Sánchez' Regierung hatte noch kurz vor dem Urnengang soziale Leistungen, darunter den gesetzlichen Mindestlohn und den Vaterschaftsurlaub, verbessert. Doch um die absolute Mehrheit von 176 der 350 Parlamentssitze zu erringen, müsste sich Sánchez mit der Linkspartei Podemos und den nationalistischen Parteien in Katalonien und im Baskenland verbünden.

Ultrarechte neu im Parlament

Zweitstärkste Partei wurde der konservative Partido Popular (PP), der jedoch die Hälfte seiner Sitze im Parlament verlor und nur auf 16,7 Prozent kam. Die Konservativen erhielten einen Denkzet-

tel für die Korruption, die die Regierung des früheren Ministerpräsidenten Mariano Rajoy im Juni 2018 zu Fall gebracht hatte, und fuhren das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte ein. Der neue Parteichef Pablo Casado wollte einen Schlussstrich unter die Ära Rajoy ziehen und brachte die Partei auf einen klaren Rechtskurs. Er konnte jedoch nicht verhindern, dass viele PP-Anhänger zur neuen ultrarechten Formation Vox überliefen. Die Rechtsextremen haben erstmals seit ihrer Gründung 2013 den Einzug ins spanische Abgeordnetenhaus geschafft und konnten 10,2 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen. Vox-Präsident Santiago Abascal punktete bei den Spaniern mit seinen Tiraden gegen die illegale Einwanderung und der Ankündigung, gegen die Separatisten in Katalonien mit harter Hand vorzugehen. Die Bürgerpartei Ciudadanos konnte dank dem Wahleinsatz auf dem Land ordentlich zulegen und war dem PP mit 15,8 Prozent dicht auf den Fersen. Die Linkspartei Podemos stieg nach vielen

parteiinternen Konflikten mit 14,3 Prozent auf Platz vier ab. Vor Ende der Auszählung stand fest, dass eine Zweierkoalition nicht ausreichen wird, um eine stabile Regierung zu bilden. Casado machte vor den Wahlen klar, dass er bereit wäre, mit der Unterstützung von Vox und Ciudadanos zu regieren.

Hohe Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung lag bei über 75 Prozent, dem höchsten Wert der letzten 23 Jahre. Meinungsforscher machen die Katalonienkrise sowie die prekäre wirtschaftliche Lage vor allem der jungen Generation als Ursachen für die Rekordbeteiligung aus. In Katalonien gingen ebenfalls mehr Wähler als 2016 an die Urnen. Denn der im Februar angelaufene Prozess gegen ein Dutzend katalanischer Politiker und Unabhängigkeitsbefürworter, die am 1. Oktober 2017 ein Referendum über die Abspaltung ihrer Region von Spanien abhielten, liess die Gemüter nicht zur Ruhe kommen.

Neues Modell gegen Mangel an Organen

Passbüros könnten zu Meldestellen werden

Jedes Jahr sterben in der Schweiz Menschen, weil Spenderorgane fehlen. Eine Volksinitiative, die Abhilfe schaffen will, ist aber umstritten. Ein neuer Vorschlag könnte Bedenken ausräumen.

DANIEL GERNY

Spenderorgane sind Mangelware, und die Warteliste mit Patienten, die auf ein Herz, eine Lunge oder ein anderes Organ warten, wird stets länger. Mit einer Volksinitiative soll die Zahl der Spenderorgane nun in die Höhe getrieben werden. Das Rezept des Begehrens lautet verkürzt: Wer sich nicht aktiv wehrt, wird automatisch zum Organspender. Heute ist es umgekehrt. Verfügt jemand über keinen Spenderausweis, dürfen ihm die Ärzte nach dem Tod ohne die Zustimmung der Angehörigen keine Organe entnehmen. Viele europäische Länder haben die sogenannte Widerspruchslösung, wie sie nun die Volksinitiative vorschlägt, längst eingeführt.

Und tatsächlich sind dort die Spendequoten teilweise deutlich höher als hierzulande. Die Tatsache, dass in der Schweiz jedes Jahr mehrere Dutzend Menschen sterben, weil sie nicht rechtzeitig ein Organ erhalten, zeigt die Dringlichkeit des Vorhabens. Doch die Widerspruchslösung ist umstritten. Sie stellt einen gravierenden Eingriff in die Persönlichkeit dar: Weil sie dazu führen kann, dass Personen ohne deren Einverständnis Organe entnommen werden, wurde sie von der nationalen Ethikkommission (NEK) im Bereich Humanmedizin 2012 als «ethisch bedenklich» bezeichnet.

Ethikkommission äussert sich

Derzeit befasst sich die NEK erneut mit der Thematik. Sie wird sich mit einer neuen Stellungnahme demnächst dazu äussern. Das erklärt NEK-Präsidentin Andrea Büchler auf Nachfrage der NZZ. Zu welchem Ergebnis die Kommission kommen wird, liess die Professorin für Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Zürich offen. Bleibt die NEK bei ihrem Entscheid, den sie vor sieben Jahren mit einer deutlichen Mehrheit gefällt hatte, wird es für die Widerspruchslösung trotz hoher Zustimmung in Umfragen schwer. Die Suche nach einem möglichen Gegenvorschlag könnte rasch in den Vordergrund rücken.

Ein solches Alternativ-Modell wurde vor kurzem in Deutschland von einer überparteilichen Allianz unter Führung der Grünen-Chefin Annalena Baerbock vorgeschlagen. Um den Bedenken gegenüber der Widerspruchslösung Rechnung zu tragen, aber dennoch mehr Leute zu einer Spendeentscheidung zu bewegen, schlägt Baerbock zusammen mit Mitstreitern aus der FDP, der SPD, der Linken sowie der Union regelmässige obligatorische Befragungen vor. Jede erwachsene Person soll bei der Erneuerung des Personalausweises oder des Passes automatisch zur Spendebereitschaft befragt werden: Möchte sie alle oder einzelne Organe spenden? Möchte sie dies

explizit nicht? Oder möchte sie den Entscheid im Unglücksfall Angehörigen übertragen? Sofern die Person Angaben macht, sollen diese in ein zentrales Register eingetragen werden.

«Es geht mir darum, einen Weg zu finden, der schwerkranken Menschen mittels Organspende hilft, aber die persönliche Entscheidung jedes Einzelnen berücksichtigt», lässt sich Baerbock auf Anfrage zitieren. Weil der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) die Widerspruchslösung forciert, hat der Kompromiss wenig Erfolgsaussichten. In der Schweiz stösst er dagegen auf Interesse. So erklärt NEK-Präsidentin Büchler, sie finde den Alternativvorschlag «interessant und erwägenswert». Auch Franz Immer, Direktor der nationalen Stiftung für Organspende und Transplantation, Swisstransplant, bezeichnet die Stossrichtung als grundsätzlich zielführend.

Schutz vor Eingriffen zentral

In der Schweiz wäre vorstellbar, dass eine entsprechende Abfrage bei der Erneuerung von Pass, Identitätskarte oder Aufenthaltsbewilligung erfolgt. Auch für Ruth Baumann-Hölzle von der Stiftung Dialog Ethik, die sich klar gegen die Widerspruchslösung ausspricht, wäre ein solches Modell prüfenswert. Sicherergestellt werden müsse aber, dass nur urteilsfähige Menschen befragt würden und nicht stellvertretend für urteilsunfähige Personen entschieden würde, meint die Ethikerin. Ausserdem müssten die Behörden die notwendigen Entscheidungsgrundlagen liefern und Informationsgespräche ermöglichen. Zentral ist aus Sicht von Baumann-Hölzle zudem, dass es ein Recht gebe, sich nicht zu äussern.

«Der Staat darf Eingriffe in die Persönlichkeit nicht erleichtern – im Gegenteil: Er muss den Einzelnen davor schützen», begründet sie ihre Forderung nach strengen Auflagen. Sie schlägt deshalb vor, dass potenzielle Spender sich auch über die Art und Weise der Organspende äussern können sollen. Sie selber habe beispielsweise festgelegt, dass ihre Organe nur dann verwendet werden dürften, wenn der Hirntod automatisch eingetreten sei – und nicht als Folge des Abstellens von lebenserhaltenden Massnahmen. Auf diese Weise gebe es keine Anreize, Entscheide zu beschleunigen.

Solche Überlegungen zeigen, dass vieles von der Ausgestaltung einer obligatorischen und automatisierten Befragung abhängt. Dieser Ansicht ist auch Franz Immer. Er dämpft aber übertriebene Hoffnungen: «Andere Länder haben dies auch schon versucht, doch der Erfolg blieb vielfach bescheiden», erklärt er. Dennoch zielt Swisstransplant mit dem nationalen Organspende-Register in eine ähnliche Richtung. Darin können alle Personen über sechzehn Jahre festhalten, ob sie ihre Organe im Todesfall spenden möchten. Das Register stellt eine Alternative zur Organspende-Karte dar. Dabei will Swisstransplant nicht nur mit ausgewählten Spitälern kooperieren, sondern sucht auch die Zusammenarbeit mit Gemeindeverwaltungen. Es sei denkbar, dass auch Einwohnerkontrollen Register-Kontaktstellen würden, sagt Immer.